

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kliringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 9. Mai 1931

Das Polizeiverwaltungsgesetz von Ernst Hamburger.

Verlag
Soz. Geschichte
Amsterdam

SPD. Der Preussische Landtag hat in der Nacht von Freitag zu Sonnabend die Beratung des Polizeiverwaltungsgesetzes in zweiter Lesung beendet. Das Gesetz bringt nicht, wie die Kommunisten glauben machen wollen, eine "ungeheuerliche Verstärkung der Polizeigewalt in Preussen". Es ist, wie die folgende sachliche Darstellung erweisen wird, im wesentlichen ein Verwaltungsgesetz, in dem die Organisation der Polizeibehörden und die Mittel geregelt werden, deren sie sich gegenüber dem Publikum zu bedienen haben; weiter werden die Rechtsmittel des Publikums gegen diese Massnahmen und die allgemeinen Grundsätze festgelegt, die bestimmen, welche Beschränkungen sich der einzelne im Interesse der Gesamtheit durch die Polizei gefallen lassen muss.

Natürlich gibt es für alle diese Dinge bereits Bestimmungen, die in Gesetzen und Verordnungen niedergelegt sind. Aber das preussische Polizeirecht ist mit einem überaus ehrwürdigen Alter in die Republik übernommen worden. Erst kürzlich hat der Landtag eine Anzahl von Polizeistrafgesetzen aufgehoben, die bis ins 16. Jahrhundert zurückreichten und nichts destoweniger von einem Kammergericht in einzelnen Bestimmungen noch für gültig erklärt worden sind, sodass tatsächlich der Gesetzgeber selbst mit diesem Unfug aufzuräumen genötigt war. Auch in dem Polizeiverwaltungsgesetz werden Bestimmungen zusammengefasst, die sich über fast 150 Jahre erstrecken. Vom Allgemeinen Landrecht von 1794 an, über Gesetze und Verordnungen, die sich durch das ganze 19. Jahrhundert durchziehen bis zu Sonderregelungen, die kurz vor dem Kriege erlassen worden sind, ist das geltende Polizeirecht weithin zersprengt und zerstreut. In ihm sich zurechtzufinden, ist für den Professor der Rechte mühsam, für den Rechtsstudenten eine Last, für den Polizeibeamten eine Qual und für den Staatsbürger eine Unmöglichkeit.

Das Polizeiverwaltungsgesetz will durch die Sammlung des geltenden Polizeirechts auf den oben genannten Gebieten die Rechtsunsicherheit beseitigen, die durch diese Zustände entstanden ist und gleichzeitig mit dem Wust überholter Bestimmungen aufräumen. Die Schaffung grösserer Rechtssicherheit dient nicht so sehr den einzelnen Polizeiorganen wie denjenigen, die mit ihnen in Berührung kommen. Denn Rechtsunsicherheit schädigt immer den Schwächeren, und das ist gegenüber dem Staate der Einzelne oder sind Gruppen von Einzelnen in ihren Beziehungen zu staatlichen Organen. Deswegen hat auch die Arbeiterschaft an dieser Sammlung und Sichtung des Rechts ein lebhaftes Interesse.

Bei der Schaffung eines solchen Gesetzes darf nie vergessen werden, dass es voraussichtlich für eine lange Dauer Geltung haben wird. Wenn dieses Polizeiverwaltungsgesetz im Landtag angenommen sein wird, so wird es vermutlich Machtverhältnisse überdauern, wie sie heute in Preussen und Machtverhältnisse wie sie im Reiche bestehen, und wird manche wechselnden Perioden politischer Machtverteilung an sich vorüberziehen sehen. Die Sozialdemokratie in Preussen wäre also schlecht beraten gewesen, wenn sie das Gesetz allein auf die Tatsache

hätte abstimmen wollen, dass zur Zeit der Preussische Ministerpräsident, der Preussische Minister des Innern und eine Reihe von Trägern der Polizeigewalt in den Bezirken und Ortspolizeibehörden Sozialdemokraten sind. Die Sozialdemokratie war zwar entschlossen, der Polizeigewalt für normale Zeiten ausreichende, aber nicht übertriebene Befugnisse zu geben; für aussergewöhnliche Zeiten sind ja, wie wir es jetzt erleben, reichsrechtliche Erweiterungen in wahrhaftig nicht geringem Masse möglich. Die Sozialdemokratie hat daher auch den Gedanken der Sicherung der Freiheit des Einzelnen gegen Uebergriffe der Polizei bei der Gestaltung des Gesetzes sehr stark betont.

An wichtigen neuen Bestimmungen bringt das Gesetz vor allem eine starke Einschränkung des Polizeiverordnungsrechts. Preussen war noch bis vor kurzem mit einem engmaschigen Netz von Polizeiverordnungen überzogen, deren Zahl von Sachkennern vor einigen Jahren auf 1 Million geschätzt wurde. Hier hat schon im Verwaltungswege das Ministerium des Innern kurzer Hand alle über 30 Jahre alten Verordnungen ausser Kraft gesetzt. Das Gesetz nimmt in Zukunft den kleinen Polizeiverwaltern in Gemeinden bis zu 5 000 Einwohnern das Polizeiverordnungsrecht überhaupt, sodass in Zukunft nur noch etwa der 10. Teil der bisherigen Polizeiverwalter Verordnungen erlassen dürfen. Dem Uebermass an unnötigen und schikanösen polizeilichen Vorschriften wird dadurch ein Ende bereitet werden. Nach dem Gesetz sollen Polizeiverordnungen kurz befristet sein, sie dürfen nicht über 30 Jahre alt werden.

Für die Uebertretung von Polizeiverordnungen wird in Zukunft ein "Zwangsgeld" festgesetzt. Das Polizeirecht, das dadurch geahndet wird, ist nicht das gleiche, wie ein kriminelles Unrecht. Wer in Zukunft wegen Uebertretung einer Polizeiverordnung bestraft wird, hat zunächst das Recht der Beschwerde bei der übergeordneten Instanz und das Recht der Klage gegen diese beim Bezirksausschuss und der Revision beim Oberverwaltungsgericht. Das bisherige umständliche Verfahren mit mehreren Beschwerden - und mehreren Klagestellen ist beseitigt. Polizeiliche Strafverfügungen können also nicht mehr zu Vorstrafen führen. Die Zahl der wegen Lappalien Vorbestraften wird sich damit erheblich vermindern. Auch eine bedeutende Entlastung der Gerichte, eine kleine Justizreform wird damit geschaffen.

Der Landtag hat an dem Gesetzentwurf eine Reihe von Verbesserungen vorgenommen. Er hat die Rechte der Kommunen gegenüber der Polizei an einzelnen Punkten gestärkt, die Strafhöchstgrenzen für das Zwangsgeld und die Zwangshaft herabgesetzt; er hat besonders auch die Bestimmung des Gesetzentwurfs begrüsst, dass die Zwangshaft, wenn das Zwangsgeld nicht beizutreiben ist, durch Arbeit für eine Gemeinde oder einen Gemeindeverband abgewendet werden kann; dem Unfug der kurzen Freiheitsstrafen soll weiter gesteuert werden. Von einem polizeilichen Eingreifen wegen Nichtbefolgung einer Polizeiverordnung ist abzusehen, wenn kein schutzwürdiges Interesse verletzt wird. Bestrafung ohne besondere Androhung soll nur erfolgen, wenn jemand absichtlich oder fahrlässig eine Polizeiverordnung verletzt.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion sieht in dem Gesetz eine Verbesserung des bisherigen Zustandes und wird ihm daher auch in der 3. Lesung zur Annahme verhelfen.

SPD. München, 9. Mai (Eig. Drahtb.)

Mit dem 7. Mai besitzt Hitler und seine Partei zwei Paläste. Für den Preis von einer halben Million Mark, zu dem noch erhebliche Ausgaben für den Umbau kommen sollen, wurde der Kauf des sogenannten Drechsel-Palais, das unmittelbar an den "Braunen Palacco" grenzt, endgültig abgeschlossen. Bisheriger Besitzer war die Witwe eines Papierfabrikanten.

Der Abschluss des Kaufes sollte bereits am 1. April d. J. vollzogen werden, doch zögerte Hitler mit seiner Unterschrift wegen der Stennesrevolte, deren

Auswirkungen er zunächst abwarten wollte. Ob das neuerworbene Palais als Unterkunft für die neu ins Leben gerufene Parteiführerschule verwendet wird, ist noch unbestimmt. Wie verlautet, steht die Nazileitung auch in Mietverhandlungen mit einer Münchener Autohandelsfirma, der ein grosser Teil der Räume der alten Reiterkaserne im Zentrum der Stadt gehört. Hitlers militärischer Befehlshaber, der bolivianische Oberstleutnant Röhm, hat es auf diese Räume abgesehen, weil zu ihnen ein hoch ummauerter Kasernenhof gehört, der ihm für bestimmte Übungen der auszubildenden Naziführer besonders geeignet erscheinen soll.

SPD. Die von der preussischen Regierung angeordnete Versetzung des deutschen nationalen Landrats von Bismarck in den einstweiligen Ruhestand wird in der rechtsradikalen Presse als eine Versündigung wider das heilige Recht des Beamten hingestellt. Es lohnt demgegenüber, von den tausend Fällen, die zur Kennzeichnung der beamtenpolitischen Lage von einst herangezogen werden könnten, einen Fall in die Erinnerung zurückzurufen, der den Wechsel der Zeit in besonders charakteristischer Weise aufzeigt.

Im Februar 1913 wurde in Bremen, also nicht einmal in dem damals weit reaktionäreren Preussen, ein Disziplinarprozess gegen den Volksschullehrer Sonnemann verhandelt. Die Anklageschrift machte ihm zum Vorwurf, dass er im Jahre 1911 "in sozialdemokratischen Jugendversammlungen als Hauptredner für die gegen die bestehende Staatsordnung gerichtete sozialdemokratische Bewegung aufgetreten und damit die ihm als Staatsbeamten obliegenden Pflichten gröblich verletzt" habe. Es wurde ihm weiter vorgeworfen, dass er in den Jahren 1909/12 unter seinem Pseudonym Jürgen Brand Artikel in der Zeitschrift "Arbeiter-Jugend" veröffentlicht habe. Als Zweck seiner Vorträge habe Sonnemann bezeichnet den Solidaritätsgedanken der Arbeiterjugend zu fördern und sie anzufeuern, an der eigenen Vervollkommnung weiter zu arbeiten und dazu alle Bildungsmittel auszunutzen.

Der Staatsanwalt musste in seinem Plädoyer anerkennen, dass die Arbeiterjugend ein ausserordentlich geschickt und inhaltreich redigiertes Blatt sei und viele Artikel wissenschaftlichen Inhalts bringe. Aber sie enthalte auch eine Fülle von Artikeln, durch die die Arbeiterjugend in den Sozialismus eingeführt werden solle. Der Angeschuldigte werde nicht bestreiten können, dass es sich mit den Pflichten eines Staatsbeamten vereinbaren lasse, sich mit der Sozialdemokratie und ihren Tendenzen solidarisch zu erklären. Aus diesen Gründen beantragte er die Dienstentlassung des Angeklagten.

In dem Urteil des Gerichts heisst es: Das Ziel der Sozialdemokratie sei darauf gerichtet, die heutige Gesellschaftsform zu beseitigen und eine neue an ihre Stelle zu setzen. Es sei klar, dass es zwar nicht unehrenhaft sei, was der Angeschuldigte getan habe. Für die Disziplinarkammer komme es aber darauf an, ob ein Beamtenvergehen vorliege, und ob der Angeschuldigte sich der Achtung würdig gezeigt habe, die sein Beruf erfordere oder ob er die Achtung seines Standes gefährdet habe. Das sei der Fall. Wenn ein Beamter durch sein Auftreten mit dazu beitrage, dass der bürgerliche Staat in seinen Grundlagen erschüttert werde, und zwar der Staat, in dessen Dienst er stehe, der ihm sein Gehalt und sein Ruhegehalt gebe, so gefährde er die Achtung seines Standes. Das Urteil lautete dahin: der Angeschuldigte wird aus dem Dienst entlassen, die Hälfte seines Ruhegehalts wird ihm auf ein Jahr zugebilligt.

So ging man damals mit einem Beamten um, der weder durch Inhalt noch Form seiner rednerischen und literarischen Tätigkeit die Achtung verletzt hatte, die er seinem Beruf und dem Staate schuldig war. Sonnemann hatte sich im Gegenteil von rein idealen Motiven leiten lassen. Seine ganze Tätigkeit war staatsbürgerliche Erziehung im besten Sinne des Worts. Kein rohes Wort, geschweige rohe Gesinnung oder Handlung konnte man ihm zum Vorwurf machen. Lediglich wegen seiner sozialdemokratischen Gesinnung wurde er unter schmähli-

cher Missachtung seiner wohlverworbene Beamtenrechte aus seiner erfolgreichen pädagogischen Tätigkeit und aus seiner Beamtenstellung hinausgeworfen.

Man vergleiche damit das Verhalten der rechtsoppositionellen Beamten von heute, die sich die grössten Roheiten, wüste Beschimpfungen und freche Tätlichkeiten gegen den heutigen Volksstaat und seine Regierung herausnehmen. Sie berufen sich dabei auf die freien Bestimmungen einer Verfassung, die erst durch die opfervollen jahrzehntelangen Kämpfe der Sozialdemokratie im alten Obrigkeitsstaat möglich geworden sind und ohne die die lautesten Schreier nicht das leiseste Wort wegen würden. Wenn der heutige Staat die Methoden der früheren Zeit anwenden wollte, so würden von einem Tage zum andern Tausende von Beamten aus ihren Stellungen fliegen.

SPD. Paris, 9. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Kammer hat sich am Sonnabend-Vormittag im Anschluss an die Interpellationsdebatte über die deutsch-österreichische Zollvereinbarung wiederum mit überwältigender Mehrheit für die Politik Briands ausgesprochen. Etwas anderes war kaum zu erwarten, nachdem der Aussenminister in seiner Rede, die in der Linkspresse als die hervorragendste seiner Ministerlaufbahn bezeichnet wird gegen das Zollabkommen Stellung genommen und Deutschland und Österreich das Recht abgesprochen hatte, ihren Plan ohne Fühlungnahme mit den anderen Mächten vorzubereiten.

Die Sozialisten lehnten es ab für eine Tagesordnung zu stimmen, in der die deutsch-österreichische Zollunion, die, wie der Abgeordnete Grumbach betonte, vorläufig nur ein Projekt ist und daher keine Verletzung der Vertragsbestimmungen darstellt, in Bausch und Bogen verurteilt wird, ehe sich der Völkerbundsrat und der Internationale Gerichtshof darüber ausgesprochen haben. Sie haben sich deshalb der Stimme enthalten, um der Rechtsmehrheit die Verantwortung für diese "unkorrekte und illoyale Haltung Frankreichs gegenüber dem Völkerbund" zu überlassen.

Eine unwürdige Rolle bei der Debatte haben die Radikalen und vor allem ihr Führer Herriot gespielt. Aus der scharfen Kritik Herriots an dem deutsch-österreichischen Abkommen, die im Zentrum und auf der Rechten grossen Beifall auslöste, geht hervor, dass die Radikalen eine energische Rechtsschwenkung vollzogen haben. Diese Tatsache hängt, wie in sozialistischen Kreisen angenommen wird, mit der Präsidentenwahl zusammen. Herriot, der Vertreter des rechten Flügels der radikalen Partei, wäre eine Wahl Briands nicht erwünscht, da er befürchtet, dass Briand als Präsident der Republik bei einer Ministerkrise der Ueberlieferung gemäss einen Vertreter der stärksten Oppositionspartei, d. h. jetzt der sozialistischen Partei, mit der Neubildung der Regierung beauftragen würde. Die bisher tonangebende Rolle der radikalen Partei wäre damit ausgespielt. Daher war die Rede Herriots eigentlich eine Rede gegen die Kandidatur Briands für die Präsidentenwahl. Die Radikalen haben zwar inzwischen in einer Fraktionssitzung beschlossen, mit den übrigen bürgerlichen Linksparteien der Kammer Fühlung zu nehmen, um durch eine gemeinsame Demarche Briand um die Ermächtigung zu bitten, ihn als Kandidaten aufstellen zu dürfen. Dieser Beschluss ist gegen den Willen des Parteivorsitzenden Daladier, der für den bei der radikalen Partei eingeschriebenen Senatspräsidenten Doumer eintrat, und unter Schweigen Herriots gefasst worden. Herriot kündigte an, dass er nach Lyon reisen müsse, was nichts anderes bedeutet, als dass er an den Verhandlungen mit den übrigen Linksparteien nicht teilnehmen werde, also gegen Briand ist.

Ausser den Radikalen hat sich auch die radikale Linke (Gruppe Loucheur) für eine gemeinsame Demarche der Linksparteien bei Briand ausgesprochen. Dieser Schritt soll am Montag-Nachmittag ausgeführt werden. Wenn Briand aufgrund dieser Aufforderung kandidiert, besteht an seiner Wahl kaum noch ein Zweifel. Der Kampf zwischen ihm und Doumer dürfte aber sehr scharf werden.

SPD. Von dem sozialdemokratischen Abgeordneten des preussischen Landtags Erik Nölting wird uns geschrieben :

"Im April fanden in Krefeld und Mörs überfüllte Versammlungen der SPD statt, die sich mit dem Zerfall des Nationalsozialismus beschäftigten. Zu der Veranstaltung in Mörs hatten die Nazis ihre ganze Garde aufgeboten. Der grosse Saal wurde lange vor Beginn der Veranstaltung durch die Polizei wegen Ueberfüllung gesperrt. Durch persönliche Vermittlung ermöglichte ich dem Nationalsozialisten Bollmann, der als Diskussionsredner erschienen war, den Eintritt in den längst abgesperrten Saal. Die Versammlung hat die meiner Rede nachfolgenden Ausführungen des Nazi-Diskussionsredners in aller Ruhe angehört und alle Gefühle naheliegender Heiterkeit und berechtigter Empörung auf meine ausdrückliche Bitte hin mit grosser Disziplin unterdrückt. Nach Durchführung der beiden Versammlungen kehrte ich nach Berlin zurück, wo man mir das nachfolgend Telegramm auslieferte, das dort bereits seit 2 Tagen auf mich wartete: "Versammlungen Krefeld und Mörs infolge Naziterror verboten/nicht kommen/Eilbrief folgt = SPD Bezirk Niederrhein".

Das Spiel ist durchsichtig. Man wollte den vorgesehenen Redner fernhalten und dann die Versammlung zum Auffliegen bringen bzw. durch den nationalsozialistischen Diskussionsredner beherrschen. Nur einem Zufall ist es zu danken dass der saubere Plan missglückte. Der Zweck dieser Zeilen ist der, dieses nationalsozialistische Betrugsmanöver anzuprangern und die parteigenössischen Redner davor zu bewahren, auf solche abgefeimten Schwindeleien hereinzufallen.

SPD. Weimar, 9.Mai (Eig.Drahtb.)

Am Sonnabend kam es im Thüringischen Landtag bei der zweiten Lesung über den Volksbildungs-Etat wegen der Frick'schen Kulturpolitik zu lebhaften Auseinandersetzungen mit den Nationalsozialisten. Ausser den Sozialdemokraten hielt auch ein Teil der bürgerlichen Parteien, wie z.B. die Wirtschaftspartei scharfe Abrechnung mit der Politik Fricks.

Die Deutsche Volkspartei liess durch ihren Fraktionsredner Dr. Witzmann erklären, dass sie sich nicht gegen die von der Sozialdemokratischen Fraktion beantragte Aufhebung der von Frick erlassenen Schulgebetsordnung und die Aufhebung des Negererlasses wenden werde. Ferner werde die Deutsche Volkspartei zustimmen, dass die von Frick im letzten Augenblick verordnete Verschärfung der Schulstrafen wieder aufgehoben werde. Dem Missbilligungsantrag, den die Sozialdemokraten hinsichtlich der Berufung eines Hakenkreuzlers als Rasseforscher an der Universität Jena eingebracht haben, werde die Deutsche Volkspartei ebenfalls zustimmen, weil ein Bedürfnis hierfür nicht vorhanden sei. Dr. Witzmann sprach sich ferner scharf gegen die nationalsozialistischen Schülerbünde aus und zeigte, wie die Nationalsozialisten die Politik in die Schule tragen.

Die Nationalsozialisten versuchten wiederholt, den volksparteilichen Redner niederzubrüllen, sodass der Präsident fortgesetzt eingreifen musste.

SPD. Braunschweig, 9.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Deutsche Volkspartei des Landes Braunschweig hat jetzt zum erstenmal, wenn auch in vorsichtigster Form, gegen den Naziminister Franzen Stellung genommen. Sie kritisierte in einer Mitgliederversammlung die Münchener Entschliessung der Nationalsozialisten, in der die Abdankung des Reichspräsidenten gefordert wurde und bedauerte, dass an diesem Beschluss ein Minister des Landes Braunschweig mitgewirkt habe. Und die Konsequenzen?

SPD. Helsingfors, 9. Mai (Eig. Drahtb.)

Auf ein vor wenigen Wochen in den Besitz der Sozialdemokratischen Partei übergegangenes früheres Druckereigebäude der kommunistischen Partei wurde am Sonnabend von Lappo-Leuten ein Bombenattentat verübt. Schon vor wenigen Monaten, als die Druckerei noch im Besitz der Kommunisten Partei war, wurde bereits ein Bombenattentat auf sie verübt. Von den drei in dem Druckereigebäude untergebrachten Bomben explodierte glücklicherweise nur eine, ohne besonderen Schaden anzurichten. Den Grund zu dem Attentat sieht man hier allgemein in der Absicht der Sozialdemokratischen Partei, in der Druckerei demnächst eine neue sozialistische Tageszeitung herstellen zu lassen.

SPD. Die Ermittlungen der Berliner Politischen Polizei zur Aufklärung der schweren Krawalle am Tage der Reichstagsöffnung haben jetzt zu der Feststellung geführt, dass die Tumulte, bei denen eine grosse Zahl Schaufensterscheiben durch Steinwürfe zertrümmert wurden, von den Nationalsozialisten vorbereitet und planmässig durchgeführt worden sind. Die nationalsozialistischen Sturmabteilungen haben sich seinerzeit zum Teil in geschlossenen Formationen in die Nähe des Reichstagsgebäudes begeben. Soweit die Abteilungen sich dazu eines Verkehrsmittels bedienten, wurde das Fahrgeld aus der Parteikasse ersetzt. Die Fäden zur Vorbereitung der Krawalle reichen sogar bis nach Brandenburg/Havel. Von dort war z.B. auf Anordnung von Berlin ein Sturm als Verstärkung angefordert worden.

Es ist durch Festnahmen, Verhöre und Zeugenvernehmungen festgestellt worden, dass die Fensterstürme seinerzeit unter einheitlicher Leitung gestanden haben.

SPD. Dortmund, 9. Mai (Eig. Drahtb.)

Das vor einigen Tagen wegen Meineidsverdacht verhaftete Vorstandsmitglied des hiesigen christlichen Konsumvereins "Eintracht" Ferdinand Mengelkamp hat jetzt ein Geständnis abgelegt. Er hatte im Sommer 1929 mit seinem Dienstwagen einen Verkehrsunfall verursacht und den Chauffeur Bohle, der neben ihm gesessen hatte, veranlasst, die Schuld auf sich zu nehmen, da er selbst keinen Führerschein besass. Bohle wurde vom Schöffengericht seinerzeit zu einer Geldstrafe verurteilt, nachdem Mengelkamp beschworen hatte, dass Bohle gesteuert habe. Eine nochmalige Untersuchung des Vorfalles hat ergeben, dass die Strafe für Bohle seinerzeit von dem Bruder des Angeklagten, dem Dortmunder Stadtrat und Zentrumsführer Heinrich Mengelkamp bezahlt wurde, der sich jetzt wegen Begünstigung zu verantworten haben wird.

SPD. Braunschweig, 9. Mai (Eig. Drahtb.)

Die braunschweigische Regierung hat mit der evangelisch-lutherischen Landeskirche einen Vertrag abgeschlossen, nach dem der Kirche evtl. eine Million Mark aus städtischen und Gemeindemitteln als Abfindungssumme für die Trennung des Schul- und Opfereivermögens zufließen soll. Der Staat ist verpflichtet, sofort 132 000 Mark in bar nebst zehn Prozent Zinsen vom 1. April 1928 ab zu zahlen. Auch die Gemeinden, die zusammen etwa 700 000 Mark aufzubringen haben, müssen für die vergangene Zeit zehn und für die Zukunft acht Prozent Zinsen zahlen.

Der für den Vertrag verantwortliche Mann ist der Naziminister Franzen, der als Nazi-Abgeordneter vor wenigen Monaten mit Abgeordneten der gleichen Couleur im Reichstag einen Antrag einbrachte, nach dem alle mit Gefängnis bestraft werden sollten, die mehr als fünf Prozent Zinsen fordern oder zahlen. Also ins Loch mit Herrn Franzen!

SPD. Der preussische Landtag wird sich voraussichtlich Ende Juni mit dem Ergebnis des Volksbegehrens beschäftigen. Da er das Verlangen auf Auflösung des preussischen Parlaments ablehnen wird, kommt es zum Volksentscheid, der voraussichtlich am 2. oder 9. August vor sich gehen wird.

SPD. Madrid, 9. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Unterrichtsminister Marcelino Domingo äusserte sich in einem längeren Interview über die Hauptaufgaben seines Ministeriums dahin, dass die Entscheidung über die wichtigsten Fragen dem künftigen Parlament vorbehalten werden sollen. Nur in einem einzigen Punkte könne es keinen Aufschub geben. Das sei die sofortige Eröffnung möglichst vieler Schulen. Allein in Madrid könnten rund 45 000 Kinder keinen Unterricht erhalten, weil es an Schulklassen fehle! Wo aus Geldmangel keine neuen Schulen geschaffen werden können, sollen wenigstens solche provisorischen Charakters entstehen. Das grösste Hindernis für diese ausserordentlich wichtige Arbeit sei der schlimme Zustand, in dem die Monarchie die Finanzen hinterlassen hat. Luxusausgaben hätten keinen Raum für das Notwendigste gelassen.

Die neue spanische Schule solle eine Grundschule etwa nach deutschem Muster werden. Die Kinder der besitzenden Klassen sollten gezwungen werden, mit den Kindern der Arbeiterschaft zusammenzuleben. Aus der Grundschule werde jedem begabten Kinde der Aufstieg zur Mittelschule offen sein. Auch die höhere Schule kenne nur den kostenlosen Unterricht. Darüber hinaus beabsichtige die provisorische Regierung die Lehrmittel unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Nach Beendigung des Gymnasialunterrichtes solle dem unbemittelten, aber begabten Schüler der Besuch der Universität durch freien Lebensunterhalt ermöglicht werden.

Ein Angelpunkt des ganzen Schulproblems sei die Vorbildung des Lehrpersonals. Auf diesem Gebiet sei während der letzten 20 Jahre schon sehr viel geschehen. Aber natürlich noch lange nicht genug. Die moderne Schule erfordere moderne Lehrer. Infolgedessen müsse auch die Lehrerausbildung von Grund auf umorganisiert werden.

SPD. Die Verhandlungen des Reichsernährungsministeriums mit den Berliner Mühlen und Bäckern haben, wie das Reichsernährungsministerium mitteilt, zu folgendem Ergebnis geführt:

"Die Berliner Roggenmühlen erhalten aus den Beständen der Getreide-Handels-Gesellschaft Roggen angeliefert mit der Verpflichtung, das Roggenmehl (Type 0/1, das heisst von 0 bis 70 % ausgemahlen) zum Preise von 27 RM ab Mühle oder von 28 RM frei Bäckerhaus netto Kasse zu liefern. Dieses Mehl darf nur an solche Betriebe abgegeben werden, die sich verpflichten, den vom Zweckverband der Bäckermeister Gross-Berlins seinen Mitgliedern empfohlenen Brotpreis nicht zu überschreiten. Der Zweckverband hat sich seinerseits verpflichtet, sich seinen Mitgliedern gegenüber dafür einzusetzen, dass vom 18. Mai ab das Brot, in dem bisherigen ortsüblichen Gewicht und in der bisherigen Qualität, zu einem Preise von 47 Rpf. abgegeben wird. Sobald sich die Senkung des Weizenmehlpreises, die durch die Regierungsmassnahmen veranlasst ist, in angemessener Masse ausgewirkt haben wird, werden die Verhandlungen über die Möglichkeit einer weiteren Verbilligung des Brotpreises fortgeführt werden."

Die Brotpreiserhöhung betrug für Berlin pro Brot 4 Pfennige. Das Brot soll in Zukunft 47 Pfennige kosten. Weiter wird das Versprechen gegeben, auf eine neue Verbilligung zu drängen, sobald sich die Weizeneinfuhr zu verbilligten Zollsätzen ausgewirkt hat. Voraussetzung ist jedoch, dass sich das Reichs-

ernährungsministerium gegen die Bäcker durchsetzt, die den Weisungen ihrer Berufsorganisation nicht folgen. Dass mit einer derartigen Opposition zu rechnen ist, lassen die Vorgänge in der Berliner Bäckerinnung während der letzten Zeit vermuten.

Ungeklärt ist auch noch die Frage der Brotpreissenkung in den Wirtschaftsgebieten ausserhalb Berlins. In einer Reihe von Städten sind ganz erhebliche Brotpreissteigerungen vorgenommen worden. Der Reichsernährungsminister hat sich allerdings noch vor einigen Tagen auf den Standpunkt gestellt, dass ein Eingreifen nur für Berlin notwendig sei. Die statistischen Erhebungen haben aber bewiesen, dass der Reichsernährungsminister diese Auffassung nicht aufrecht erhalten kann. Sein Eingreifen auch ausserhalb Berlins ist unbedingt notwendig.

SPD. New York, 9.Mai (Eig.Drahtb.)

Die zur Behandlung der Prohibitionsprobleme nach Philadelphia einberufene Sonderkonferenz der American Federation of Labor schloss die Verhandlungen mit einem einstimmig angenommenen Bericht ab, in welchem der gegenwärtigen Prohibitions-gesetzgebung schärfster Kampf angesagt wird. Sämtliche anwesende Gewerkschaftsführer forderten die Beseitigung der Prohibition und stimmten einem Kampagneplan zu, auf Grund dessen der gewerkschaftliche Kampf gegen das Alkoholverbot geführt werden soll. Die Konferenz stand unter dem Vorsitz des ersten Vizepräsidenten der American Federation of Labor, Matthew Woll. Unter den Konferenzgästen befand sich der Kongress-Abgeordnete William Tierney aus Connecticut, der unter starkem Beifall erklärte, dass das Volstead-Gesetz keinen Platz in der Verfassung der Vereinigten Staaten haben dürfe. Tierney betonte ferner, dass man darauf hinarbeiten müsse, die Prohibitions-gesetze auf verfassungsmässigem Wege wieder loszuwerden, gab aber gleichzeitig zu, dass ein derartiges Verfahren Jahre in Anspruch nehmen werde.

SPD. München, 9.Mai (Eig.Drahtb.)

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Freiherr v. Freytagh-Loringhoven erklärte hier in einer öffentlichen Versammlung, dass die Deutschnationalen nicht in den Reichstag zurückkehren würden. Sie müssten es ablehnen Kompromisse mit der Regierung Brüning zu schliessen.

SPD. Der Preussische Landtag vertagte sich am Sonnabend nach Erledigung kleinerer Vorlagen auf Montag.

SPD. Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Schneller am Sonnabend wegen öffentlicher Beleidigung in der Presse zu 3 Monaten Gefängnis. Schneller hatte im November vov. Jahres in der Berliner "Rote Fahne" einen Artikel mit der Ueberschrift erscheinen lassen: "Arbeiterfaust in Zörgiebels Presse". Wegen dieses Artikels war die "Rote Fahne" seinerzeit 14 Tage verboten worden.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Völker werden gerettet!

Die Tropenlinik von St. Pauli - Aerzte, Tiere und Patienten aus aller Welt -
Kampf den Mikroben.

SPD. Wegen Erreichung der Altersgrenze ist der Gründer und bisherige Direktor des Hamburger Instituts für Schiffs- und Tropenkrankheiten, Professor Nocht, in den Ruhestand getreten. Sein Nachfolger wurde Professor Fülleborn.

An der Tür steht: "Archiv". Reihe an Reihe, in feldgrauer Uniform, marschieren die Regimenter der Bände auf. Der Finger gleitet über Kolonnen statistischer Ziffern, bleibt an einer der Zahlen haften. Die springt hervor und ist gleich lebendig: 17 000 Kranke, im Hafen aufgelesen unter der gelben Flagge, verwüstet von Malaria, Typhus, tropischen Fiebern, Schlafkrankheit, sind hier behandelt und geheilt worden.

Die Heilung des Maharadschah.

Reiche Farmer waren darunter; arme Neger und Chinesen als Heizer oder blinde Passagiere; Kapitäne, höchste Schiffsoffiziere; die furchtbarsten aller Fieber griffen hoch und niedrig an, kletterten hinunter ins Zwischendeck und hinauf zu dem millionenschweren Maharadschah, der eigens nach Hamburg kam, weil er wusste, dass er, wenn überhaupt, nur dort gerettet werden könnte... Das ist das Hamburger Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten - Zentrum des hafenärztlichen Dienstes, gleichzeitig Forschungsstätte und Krankenhaus, und auf seinen Gebieten eines der bedeutendsten wissenschaftlichen Institute der Welt.

Auf steiler Höh', zwischen Reeparbahn und den St. Pauli-Landungsbrücken, lugt die gewaltige Burg weithin über Land und Fluss, Burg der Wissenschaft, mit roten Mauern und hohen Ecktürmen. Aus ihren Fenstern sieht man hinaus über Hafen und Reiherstiegwerft, Rauch lagert bei Tag und bei Nacht über Schuppen und Schwimmdocks. Hier berühren sich Mikrokosmos und Makrokosmos! Denn dies ist ganz deutlich: dort draussen die Welt der Grössenrekorde, der Riesenkrane, der grossmächtigen Eisenkonstruktionen, gewichtig dickbäuchige Schornsteine - hier drinnen: Lupen und feinste Gläser, Mikroorganismen, Beobachtung winzigster Vorgänge, Forschung nach kleinsten Lebewesen mit empfindlichsten Geräten - die Welt der Mikrobenjäger!

Das Werk Nocht's.

Ihre Entstehung verdankt sie den Erfahrungen des Schreckensjahres 1892, als in Hamburg die Cholera wütete. In zwei armseligen Zimmern, mit nur vier Gehilfen zur Seite und den notwendigsten, primitivsten Hilfsmitteln begann ein junger, ziemlich unbekannter Hafentarzt, ein gewisser Dr. Nocht, mit tropenmedizinischen Forschungen. Jahre später war sein Name weltberühmt! Ein kaum zu übersehendes, ganz ungewöhnlich umfangreiches Arbeitsfeld war es, das der junge Arzt sich da mit einem Schlage erschlossen hatte. Es erforderte einen ganzen Mann, eine unermüdlige Hilfsbereitschaft, den echten Forschungsdrang und -durst und ungeheuer viel Arbeit. Naturgemäss strömte in den Welthafen eine Menge von Tropenkranken aller Variationen und eine solche Fülle seltenen tropenmedizinischen Beobachtungsmaterials zusammen, dass eine planmässige wissenschaftliche Bearbeitung geradezu ein Gebot der Pflicht wurde. Eine günstige Gelegenheit fügte es, dass sich das Auswärtige Amt damals nach einer Ausbildungsstätte für deutsche Kolonialärzte umsah. Die Einigung mit dem Hamburger Senat war bald erzielt. So beschloss man die Gründung dieses Instituts, das nach

mehrfachen Erweiterungen und Wandlungen in seiner Gestaltung von heute tatsächlich unübertreffbar ist.

Malariakurse des Völkerbunds.

Unzählige Beweise sprechen für seine Weltgeltung. Deutschland war noch längst nicht dem Völkerbund beigetreten, als Professor Nocht schon mehrere Reisen des Malaria-Komitees des Völkerbundes leitete. Jetzt veranstaltet der Völkerbund alljährlich hier im Institut einen sechswöchentlichen Malariakursus; In der "Vereinigung der Freunde und Förderer des Tropeninstituts" sitzen als Ehrenmitglieder zahlreiche Wissenschaftler, Wirtschaftler und Politiker des gesamten Auslands; hier lässt man sich zur Fortbildung spanischer und südamerikanischer Aerzte eine in spanischer Sprache erscheinende Zeitschrift herausgeben, die "Revista Médica de Hamburge", in steigender Zahl schicken aller Länder Herren ihre Kolonialärzte zur Ausbildung her; hier arbeiten als Volontäre oder Hörer Ostasiaten, Inder und Südamerikaner, Spanier und Italiener, Holländer, die nach Niederländisch-Indien gehen. Wo immer es auch um Zurückwerfung ausbrechender Seuchen geht - wo schnelle Hilfe dringend verlangt, Not am Mann und guter Rat teuer ist, da holt man die Aerzte dieses Instituts.

Ein Zoo der Seuche.

Was in den vielen Laboratorien, die hier vereint sind, täglich erlernt und erdacht wird, kommt in der zeitgemäss hergerichteten Krankenabteilung praktisch zur Anwendung. Experimentiert wird an Tieren. Dem Institut schliesst sich das zweistöckige Tierhaus an, und das ist vielleicht der seltsamste, der unheimlichste der zoologischen Gärten. Was in den Käufigen keucht und fleucht, die Herden von Affen und Hunden, Scharen von Meerschweinchen und Kaninchen, Ratten und weissen Mäusen, die Kanarienvögel und Papageien, sie sind samt und sonders infiziert, Träger furchtbarer Krankheiten - Soldaten des wissenschaftlichen Angriffs. Ein Mückenzimmer ist da mit tropischer Temperatur, im Glashausschwirren giftige Fliegen, nebenan regen sich Klapperschlangen - da hausen sie zu Millionen, die Protozoen, Würmer, Arthropoden, eingenistet in den Geweben, schmarotzend vom Blut der Versuchstiere. Noch nennt man diese Versuchstiere Opfer der ärztlichen Experimentierpflicht, aber sie sind auch - heute schon - Anwärter auf sichere Heilung! Die Erreger und Verbreiter ihrer Krankheiten wissen wir zu vernichten, die Ursachen ihres Siechtums auszurotten.

Drüben im Pavillon leiden Menschen. In lateinischen Worten verkünden die schwarzen Täfelchen: Gelbfieber und Schwarzwasserfieber, Schlafkrankheit und Ruhr, Flecktyphus und Helminthen - aber sie verkünden keine Todesurteile mehr!

Gerettete Völker!

Wenn die Wissenschaft uns heute diese Macht verlieh - und wenn es ferner kaum noch Aerzte gibt, die ohne Schulung der mikroskopischen Diagnose nach Uebersee gehen - so ist das zu einem grossen Teil auf das Konto dieses Instituts zu buchen, Mehr als 1200 wissenschaftliche Arbeiten sind im Laufe der Jahre von ihm veröffentlicht worden; von hier hat die gewaltige Entwicklung, wie sie die Tropenmedizin im letzten Jahrzehnt erlebte, ihren Ausgang genommen, hat von hier aus wertvolle Bereicherung erfahren. Hier ist zum ersten Mal die Heilung der Schlafkrankheit gelungen - hat "Bayer 205" (Germanin) mit dieser Heilung erstmalig zum Erfolg geführt - hier wird jetzt Plasmochin erprobt, als erstes - deutsches - Mittel gegen Schwarzwasserfieber, und hier hat man - mit "Yatren 105" - neue Bahnen zur Bekämpfung der Amöbenruhr erschlossen... Leistungen, die den Dank der Welt für alle Zeiten sichern. Zahllosen Menschen wurde geholfen: durch Reisen der Institutsmitglieder zu den Kranken und Krankheitsbedrohten, durch umfangreiche vorbeugende Massnahmen, durch Entdeckung neuer Methoden und Weitergabe dieser Bekämpfungsmittel an Hunderte von Aerzten aller Länder: - hier sind ganze Völker gerettet worden!

Riesenschwindel in Briefmarken. In Lodz (Polen) wurden 31 Personen verhaftet, die beschuldigt werden, seit längerer Zeit Riesenmengen von gefälschten Briefmarken hergestellt bzw. vertrieben zu haben. Insgesamt dürfte der polnische Staat um etwa eine Million Zloty geschädigt worden sein.

75 000 Mark unterschlagen. Der Geschäftsführer der Berliner Innungskrankenkasse der Freien Schlächter-Innung Charlottenburg wurde wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung von etwa 75 000 Mark verhaftet. Den grössten Teil des Geldes dürfte der ungetreue Kassierer, der bereits ein umfassendes Geständnis abgelegt hat, in Vergnügungslokalen durchgebracht haben.

Das Versteck des Selbstmörders. Ein eigenartiges Versteck wählte sich ein polnischer Gymnasiast in Dux zur Ausführung eines Selbstmordes. Er kroch in den Rauchfang eines Ziegeleiofens und vergiftete sich dort mit Cyankali. Nur dadurch, dass man vor Inbetriebnahme des Ofens auch den Kamin nachsah, wurde die Leiche gefunden. Die Ursache des Freitods ist nicht bekannt.

Ungetreuer Kassierer. In Kopenhagen wurde der 31-jährige Kassierer des Schwedischen Schiffbefrachter-Vereins Forssmann verhaftet. Forssmann wird beschuldigt, seine Arbeitgeber um 300 000 Kronen betrogen zu haben.

Vor dem "Nautilus"-Start. Am Sonnabend schiffte sich in Hamburg Dr. B. Villinger, der einzige deutsche Teilnehmer an der Wilkinschen U-Boot-Expedition nach dem Nordpol, nach Bergen ein. In Bergen wird Villinger mit weiteren Fahrtteilnehmern zusammentreffen. Anfang Juni soll von dort aus das Wilkinsche U-Boot "Nautilus" nach Spitzbergen auslaufen. Der Versuch, unter der Eisdcke zum Nordpol und zur Nordspitze von Alaska zu fahren, ist für Anfang Juli vorgesehen.

Doppelter Raubmord. Zwei polnische Militärs, ein Offizier und ein Sergeant, waren beauftragt, die Gehälter und den Sold des in Sarny stationierten Bataillons des 50. Infanterieregiments, etwa 275 000 Zloty, von Kowel nach Sarny zu bringen. Zwischen den Stationen Antanowka und Rafolowka stellte der kontrollierende Eisenbahnbeamte fest, dass das Abteil der beiden Soldaten leer war. Er bemerkte zahlreiche Blutspuren, die darauf schliessen liessen, dass ein Verbrechen verübt worden war. Eine Untersuchungskommission entdeckte die Leichen später am Bahndamm, wo sie mit Erde bedeckt worden waren. Die Mörder sind noch nicht ermittelt worden.

Professor Wegener +. Die norwegische Hilfsexpedition, die zur Rettung der seit längerer Zeit im Grönlandeis verschollenen Wegener-Expedition aufgebrochen war, fand deren Mitglieder Georgi, Löwe und Sorge wohlbehalten auf. Hingegen muss mit dem Tode von Professor Wegener und seinem Begleiter Rasnussen, die am 1. November die übrigen Expeditionsmitglieder in westlicher Richtung verlassen haben, nunmehr fest gerechnet werden.

Wieder Geldbriefträger-Ueberfall. Nach dem Muster des Berliner Geldbriefträgermordes wurde am Sonnabend in Mannheim ein ähnlicher Ueberfall verübt. Drei junge Leute mieteten bei einer Witwe ein Zimmer und erwarteten hier am nächsten Morgen den Geldbriefträger, den sie niederschlugen, fesselten und eines Betrages von 3 000 Mark beraubten. Vorher hatten die Täter die Wirtin in ein anderes Zimmer gelockt, gefesselt und mit dem Tode bedroht, falls sie sich nicht ruhig verhielte. Leider gelang es den Burschen, zu entfliehen.



Die Arbeitszeit im Kohlenbergbau.

Zum Kampf um ihre internationale Regelung.

Von August Schmidt-Bochum.

SPD. Auf der Tagesordnung der internationalen Arbeitskonferenz, die Ende Mai in Genf beginnt, steht wiederum die Regelung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau. Sie ist dringender denn je. Der Bergarbeiter leidet unter dem internationalen Kohlendumping, und bei allen Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen wie auch bei der Behandlung anderer sozialer Fragen spielt stets die Konkurrenz der Kohlenhändler eine störende und schädliche Rolle.

Seit mehr als zehn Jahren wird bereits in Genf die internationale Kohlenfrage erörtert. Auf die durch die Konkurrenz im Bergbau hervorgerufenen unhaltbaren Zustände hat bereits im Jahre 1920 der verstorbene Bergarbeiterführer Otto Hue im Rahmen einer Tagung der Bergarbeiterinternationale in Genf die Öffentlichkeit nachdrücklichst aufmerksam gemacht. Seitdem steht das internationale Kohlenproblem zur Debatte. Immer unhaltbarer wurde die Lage auf dem Kohlenmarkt, immer drohender wird das Gespenst der Arbeitslosigkeit im Bergbau. Ein ungeheures Stück Arbeit ist in mühseligen Verhandlungen zur Lösung des Problems auf den Bergarbeiterkongressen, im Internationalen Arbeitsamt und auf verschiedenen Genfer Konferenzen geleistet worden. Nun soll auch die diesjährige Arbeitskonferenz zur internationalen Regelung der Arbeitszeit in den Kohlengruben Stellung nehmen. Wird man jetzt endlich einen Schritt vorwärts kommen?

Auch die Braunkohle soll jetzt in die vorgesehene internationale Regelung einbezogen werden und zwar sowohl für den Tag- als auch für den Tiefbau. Die deutschen Braunkohlenunternehmer sind gegen die Einbeziehung, während die Arbeiterdelegierten geschlossen dafür eintreten werden. In der Dauer der Schichtzeit wird natürlich ein Unterschied gemacht werden müssen zwischen den Arbeiten des Tage- und denen des Tiefbaus. Wie sich die Unternehmer in ihrer Gesamtheit in der Frage der Einbeziehung der Braunkohle verhalten werden, ist im Augenblick noch nicht bekannt, doch darf man der Auffassung zuneigen, dass sie sich angesichts ihrer sozialen Einstellung von vornherein grundsätzlich gegen eine internationale Konvention und also auch gegen die Einbeziehung der Braunkohle wenden. Die Unternehmer würden es am liebsten sehen, wenn die Schichtzeit nur von ihnen allein geregelt werden könnte.

Der Hauptstreitpunkt auf der Konferenz wird die Dauer der Schichtzeit unter Tage sein. Der Vorentwurf des Internationalen Arbeitsamtes schlägt hierfür wiederum $7\frac{3}{4}$ Stunden vor. Die Arbeitergruppe wird beantragen, die 7stündige Schichtzeit einzusetzen. Angesichts der katastrophalen Entwicklung, wie sie gerade im letzten Jahr auf dem Kohlenmarkt eingetreten ist, müsste sich eigentlich auf der diesjährigen Arbeitszeitkonferenz eine recht grosse Mehrheit für eine erhebliche Verkürzung der Schichtzeit finden. Wir haben im Bergbau eine ungeheure Arbeitslosigkeit, und die scharfe Maschinisierung des Bergbaus dürfte künftig selbst bei günstiger Konjunkturlage eine Wiederbeschäftigung des grössten Teils der entlassenen Bergarbeiter verhindern. Gründe für eine scharfe Verkürzung der Arbeitszeit wären in Hülle und Fülle vorhanden. Ob sie durchdringen, hängt wesentlich von den Regierungsvertretern und den Arbeitgeberdelegierten ab. Da von diesen aber nichts zu erwarten ist, liegt die Entscheidung in der Hauptsache bei den Regierungsvertretern.

Auch in der Ueberstundenfrage werden die Meinungen stark auseinandergehen. Einzelne Regierungen und die Arbeitgeber - diese wahrscheinlich geschlossen - werden eine grössere Zahl von zulässigen produktiven Ueberstunden verlangen. Die Arbeiterdelegierten dagegen bestehen darauf, dass Ueberstunden nur in einem ganz geringen Ausmass und nur bei zwingender Notwendigkeit zulässig sein dürfen. Sie empfinden es in einer Zeit der Riesenarbeitslosigkeit als eine sehr starke Zumutung, über die Zulassung produktiver Ueberstunden zu sprechen. Auch die Frage der Einbeziehung der Tagesbetriebe der Steinkohle wird weiter Gegenstand der Auseinandersetzungen sein. Man kann unmöglich die Tagesbetriebe der Steinkohle aus dem Abkommen herauslassen, während die Tagebaubetriebe der Braunkohle ihm unterstellt werden.

Das sind nur einige der wichtigsten Fragen, die in Genf zur Entscheidung stehen. Bei einer ganzen Anzahl der in dem Amtsvorentwurf sonst noch vorgesehenen Bestimmungen sind ebenfalls grosse Meinungsverschiedenheiten zu erwarten. Zündstoff ist also genügend vorhanden. Trotz alledem muss man wünschen, dass es nun endlich wenigstens in diesem Jahr in Genf gelingt, zu Mehrheitsbeschlüssen zu kommen, die für die Arbeiterschaft des Kohlenbergbaus tragbar sind. Die Bergarbeiterschaft will eine internationale Regelung der Arbeitszeit, sie will sie heute mehr denn je, aber nicht um jeden Preis.

SPD. Der Manteltarifvertrag der Angestellten der Arbeitsämter ist von der Reichsanstalt bereits im Dezember gekündigt worden. Die Gewerkschaften haben der Anstalt zu dem von ihr ausgearbeiteten Entwurf dieser Tage ihre Gegenvorschläge überreicht. Die Verhandlungen werden am kommenden Mittwoch fortgesetzt.

Vier Monate brauchte die Reichsanstalt, um einen Entwurf für einen neuen Tarifvertrag auszuarbeiten. Der Entwurf weicht in vielen Bestimmungen grundsätzlich von der zur Zeit noch gültigen Regelung ab. Entgegen der Ankündigung der Reichsanstalt, dass nur Ungleichheiten beseitigt und die bisherigen praktischen Erfahrungen verwertet werden sollen, zielt ihr Entwurf auf weitgehende Verschlechterungen gegenüber dem bisherigen Zustand, die im Effekt nur auf eine indirekte neue Gehaltssenkung hinauslaufen. Das alles passt recht wenig zu den wiederholten Beteuerungen der Reichsanstalt, dass die Angestellten der Arbeitsämter seit Jahr und Tag übermenschlich viel Arbeit zu erledigen haben.

+
Der Gesamtverband bemüht sich seit dem Bestehen der Reichsanstalt um den Abschluss eines Tarifvertrages, die Anstalt will aber davon allem Anschein nach nichts wissen. Wohl liegen einige bindende Abmachungen vor - auch ein Schiedsspruch -, worin zum Ausdruck gebracht worden ist, dass es Aufgabe der Verwaltung ist, den Abschluss eines Tarifvertrages herbeizuführen. Einstweilen wird jedoch bei der Reichsanstalt weiter gewurstelt; Verfügungen und Verordnungen werden herausgegeben, in denen kein Mensch sich mehr zurechtfindet. Die Folge davon sind Misstände, die allnämlich recht lästig werden.

Anfangs Februar hat die Reichsanstalt nach einer Aussprache mit den Vertretern der Organisation versprochen, zu dem ihr vorgelegten Tarifentwurf einen Gegenentwurf auszuarbeiten. Bis zum heutigen Tage ist dieser Gegenentwurf nicht sichtbar geworden. Die Reichsanstalt hat gewiss nur Zeit viel zu tun. So viel Zeit sollte ihr aber doch noch übrig bleiben, um eine Angelegenheit, die längst erledigt sein müsste, endlich einmal zum Abschluss zu bringen.

SPD. Seit einiger Zeit beschäftigen sich in Holland die bürgerlichen Blätter sehr eingehend mit der Notlage der niederländischen Arbeitslosen in Deutschland. Es handelt sich dabei in den meisten Fällen um eine verschlei-

te Hetze gegen die deutschen Arbeitskräfte in Holland. Zu einer solchen Hetze besteht jedoch wirklich kein Anlass. Nach holländischen Blätterstimmen sollen sich in Deutschland etwa 60 000 Niederländer und in Holland etwa 50 000 deutsche Arbeitskräfte befinden. Diese Zahlen erscheinen uns nicht richtig. Holländer, die in Deutschland Befreiungsscheininhaber sind, gibt es in der Industrie rund 17 000. Dazu kommen noch 3 800 Holländer, die sonst die erforderliche Genehmigung haben. Dass in der deutschen Landwirtschaft mehr Holländer beschäftigt sind als in der Industrie, ist nicht gut anzunehmen. Aber wie dem auch sein mag: der Holländer kann sich in Deutschland nicht über schlechte Behandlung im Fall von Arbeitslosigkeit beklagen. Er erhält 26 Wochen Arbeitslosenunterstützung, während der Deutsche in Holland keine Unterstützung erhält, wenn ihm seine Tätigkeit keine Möglichkeit zum Anschluss an eine Gewerkschaft mit Unterstützungseinrichtung bietet. Die Unterstützung dauert auch nicht 26 Wochen wie in Deutschland.

Dass die Gemeinden sich ausgesteuerte Ausländer gerne vom Halse schaffen, nimmt angesichts der Finanzschwierigkeiten nicht wunder. Im übrigen sind wir von einer internationalen Regelung des Ausländerkapitals im Arbeitslosenproblem noch weit entfernt. Allein der Nationalismus - er ist heutzutage bei der Diplomatie wieder Trumpf - kennt ja nur den schönen Grundsatz: Jeder ist sich selbst der Nächste.

SPD. In Dänemark wurde der Landarbeiterkonflikt in Laaland-Falster durch die Annahme eines Schiedsspruchs beendet, der die Löhne um 3 bis 7 Prozent herabsetzt. Die Arbeitgeber hatten einen Lohnabbau bis zu 40 Prozent gefordert

SPD. Alle gewerbsmässigen Stellenvermittler, mit Ausnahme der Konzertagenten, müssen spätestens am 30. Juni d.Js. ihren Betrieb schliessen. Bis zu diesem Tage müssen auch die Anträge auf Entschädigung bei den Finanzämtern gestellt sein. Eine Versäumnis des Termins hat den Verlust des Entschädigungsanspruchs zur Folge.

SPD. Ueber die Betriebsrätewahlen in dem Reichsbahndirektionsbezirk Breslau liegt bereits ein Ergebnis vor, aus dem hervorgeht, dass auch bei der Reichsbahn trotz der Scharfmacherpolitik der Reichsbahnhauptverwaltung und dem dadurch für den Radikalismus von oben her geleisteten Vorschub die Position des Einheitsverbandes nicht zu erschüttern ist. Es erhielten im Breslauer Bezirk bei 212 von insgesamt 285 Wahlstellen der Einheitsverband 8814 Stimmen, GDA 1930, AEW 1215, RGO 2480 und Nazis 350. Miterfasst sind bereits sämtliche Ausbesserungswerke des Werkstättenbezirks III, in denen die Hochburgen der Gewerkschaftsfeinde liegen. Bei den erfassten Stellen erhielten im Vorjahr der Einheitsverband 10 271, der AEW 1304, GDE 1767 und RGO 2365.

Der KPD ist es trotz Einsetzung ihrer ganzen Presse und ihres gesamten Parteiapparates nirgends gelungen, nennenswert Fuss zu fassen. Ebenso erfreulich ist der klägliche Reinfall der Nazis, die mit einer eigenen Liste aufgetreten sind.

Wirtschaft Technik Ganze

Fahrt ins Oelgebiet.

(Von unserem Sonderkorrespondenten)

SPD. Lehrte, den 9. Mai 1931

Von dem Städtchen Lehrte, dicht bei Hannover gelegen, führt der Autobus in einstündiger Fahrt in das Oelgebiet von Oedesse=Oelheim. Hier, einige Kilometer nördlich Peine mitten in der Lüneburger Heide, fördert der preussische Staat gegen 2500 bis 3000 Tonnen Oel monatlich.

Oelheim sagt man erst seit dem Anfang der 80er Jahre, als sich Kaufleute aus Bremen entschlossen, eine Million Mark in die Oelbohrungen von Oedesse zu stecken, wo schon, 10 Jahre bevor Bismarck Hannover für Preussen annektierte, die hannoversche Regierung bei den Teerkuhlen von Oedesse nach Oel suchte. Mit dem Glück, dass Wagemutigen hold ist, erbohrten die Leute aus Bremen den ersten Oelspringer. Damals entstand bei Oedesse eine rasch aufblühende Bergmannssiedlung. Das ist Oelheim. Deutschland lernte zu jener Zeit zum ersten Mal kennen, was Oelfieber ist. Dutzende von Gesellschaften fingen an, auf den Roggen- und Buchweizenäckern von Oedesse und Eddesse zu bohren. Kostete der Morgen Land gestern noch Pfennige, so musste er heute mit Hunderten von Mark bezahlt werden; übermorgen war er kaum für Tausende zu haben. In dieser Zeit, also vor genau 50 Jahren, sind in Oelheim für den Morgen 5 000 und mehr Mark gezahlt worden. Dann drang Salzwasser in die Bohrlöcher, überflutete die Wiesen. Man musste das Bohren einstellen. Währenddessen kam es zu regelrechten Bauernprozessen, in denen unerhörte Entschädigungen verlangt wurden. Kein Mensch hatte mehr Mut zu bohren. Die Produktion sank in Jahresfrist von 5 000 auf 1 000 Tonnen. Das war der Oelheimer Krach. Millionen und Abermillionen gingen verloren. Fürs erste hatte man vom Oel genug. Heute erinnern einige schwarze Bohrtürme an diese Zeit. Diese Bohrungen hatten etwa eine Tiefe von 70 bis 80 Metern, gingen zuweilen auch bis 200 Meter. Später hat die Dea, die Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft, so um etwa 1907 herum, grosszügige Bohrungen vorgenommen. Oel fand sie nicht. Die Ausbeute in den alten Löchern ging auch fortwährend zurück.

Nein, die Gegend von Oedesse=Oelheim ist keine öde Heide. Saubere Roggenfelder, die dieses Jahr recht gutes Wachstum zeigen, ziehen sich endlos hin. Vielfach sieht man Spargelkulturen. In zähem Ringen hat der Niedersachse hier schmücke Häuschen und lieblich anmutende, nach sächsischer Art zerstreut liegende Siedlungen geschaffen. Der Mann aus Süddeutschland oder Westdeutschland wird hier unter den geraden Linien leiden. Er wird die heimische Lieblichkeit vermissen. Aber das Land entschädigt dadurch, dass es in seinem Innern ungeheure Schätze birgt.

Denn keiner von uns ist heute so vermessen, dass er sagen möchte, was diese Erde enthält und was sie nicht enthält. Als während des Krieges die deutsche Wirtschaft vom Ausland abgeschnitten war und der Oelbedarf eine Existenzfrage für Deutschland wurde, kam man auf den recht natürlichen und auch vernünftigen Gedanken, die alten Oelstätten der Lüneburger Heide ergibiger zu machen. Damals antwortete die Preussische Geologische Landesanstalt amtlich, die norddeutsche Tiefebene sei durch die vielen Kali- und Kohlenbohrungen siebartig durchlöchert und Hoffnung auf eine Erweiterung der Oelproduktion bestünde nicht. Es war ein Glaubenssatz der Wissenschaft, dass man bei einer

Teufe von über 300 Meter kein Oel finden werde. Das war 1915. Damals betrug die deutsche Oelförderung etwa 56 000 Tonnen. Im vorigen Jahr hat man 170000 Tonnen Oel gefördert und man hätte, wenn man die Förderung nicht aus bestimmten Gründen drosseln musste, weit mehr fördern können. Prophezeien ist ein unsicheres und undankbares Geschäft. Beim Oel scheint das doppelt der Fall zu sein. Siehe die obenerwähnte Gelehrsamkeit der Geologischen Landesanstalt.

Die Wissenschaft hat aber in der Oelfrage gewissermassen ihren Fehler wieder gutgemacht. Erst auf Betreiben des vor einigen Monaten verstorbenen Professor Stoller von der Geologischen Landesanstalt entschloss sich die jetzt mit der Preussag (die dem preussischen Staat gehörende Preussische Bergwerks- und Hütten A.G.) zusammenarbeitende Gewerkschaft Elwerath in der Inflationszeit dazu, Tiefbohrungen zu wagen. Das war im Gebiet von Hänigsen. Stoller war der Ansicht, bei einer Teufe von rund 800 Metern auf oelhaltige Kreideschichten zu stossen. Er behielt recht. Elwerath erbohrte im April 1922 die Elwerath Brand Nr.32, die in 4½ Jahren über 15 000 Tonnen Oel geliefert hat. Der Beweis für die Theorie, dass die Heide in einer Tiefe von 1000 und mehr Metern reiche Oelschichten führt, war damit erbracht. Zuguterletzt war es der Erfolg der Elwerath, der Anton Raky, bekannt durch seine Bohrungen im Ruhrgebiet und im ober rheinischen Oelgebiet, veranlasste, sich Bohrrechte im staatlichen Forst Berkhöpen, zwischen Oedesse und Edesse, zu sichern. Er ging mit der Teufe über 1000 Meter und der alte Techniker erlebte hier noch spät technische Vaterfreuden. Er wurde mit der Bohrung Edesse 4, die heute noch Tag um Tag und Nacht um Nacht ihren grau-fettigen Strom ausspuckt, fündig. Im Spätherbst 1930 verkaufte Anton Raky seinen Besitz, insgesamt 4 fertige und zwei halbfertige Bohrungen, an die Preussag, also an den preussischen Staat, für insgesamt 7,5 Millionen Mark. So kam die Preussag, die sich seit längerem durch ihre seit fast einem Jahrhundert bestehende Bohrgesellschaft Schönebeck auf den rumänischen Petroleumfeldern betätigte und reiche Erfahrungen in Petroleum gesammelt hat, in den hannoverschen Oelbergbau.

Im Forst von Berkhöpen erhebt sich auch der neue Bohrturm der Preussag, der Ziel unserer Fahrt. Ein Stahlturm von 34 Metern Höhe. Die Bohrung ist seit Mitte März weit über 820 Meter tief getrieben. Ein Junkersmotor von 180 PS zwingt Tag und Nacht bei 160 Umdrehungen in der Minute den Meissel in das Urgestein. Bohren ist ein kompliziertes Geschäft, wobei Instinkt mehr ausmacht als Technik und Gelehrsamkeit. Bohren erfordert vor allem geübte Arbeitskräfte. Die Preussag verfügt in der Mannschaft, die verschmutzt und verdreckt im neuen Bohrturm an schwerem Gestänge arbeitet, über diese. Der Bohrmeister - er ist in Süddeutschland geboren, hat lange im Ruhrgebiet gearbeitet, dann in Rumänien und teuft jetzt in der Lüneburger Heide - erklärt: Das Bohrloch muss durch stählerne Stahlrohe, etwa im Durchschnitt von 40 cm, abgedeckt und verrohrt werden, um das Eindringen von Wasser zu verhindern. Unter starkem Druck (dazu dient ein zweiter Junkersmotor von 120 PS) wird Wasser in das Bohrloch hineingetrieben, das bis zum Meissel geht und dessen Arbeit erleichtert. Zwischen der Verrohrung und dem Gestänge steigt das Wasser in die Höhe und schwemmt das vom Meissel gelöste Gestein zutage.

Auf der neuen Preussagbohrung wird mit dem amerikanischen Rotaryverfahren gearbeitet, das das ältere Schlagbohren verdrängt. Während der Meissel beim Schlagbohren das Gestein abstösst, wird das Gestein beim Rotaryverfahren durch den Meissel förmlich rasiert. Das erfordert eine besondere Konstruktion der Meissel. Die neuesten amerikanischen Konstruktionen gehen dahin, dass sich der Teil des Meissels, der das Gestein packt, innerhalb der Umdrehung des Meissels nochmals umdreht, womit erreicht wird, dass der Winkel der Angriffsstelle sich fortwährend verändert. Das Rotaryverfahren ermöglicht ein kontinuierliches und deshalb weit schnelleres Bohren. Was das heisst, mag daraus hervorgehen, dass Oelbohrungen bis zu 3000 Metern gehen, während kohlen- und Kalibohrungen kaum 1500 Meter erreichen, dass eine Oelbohrung etwa 200 000 bis

250 000 Mark kostet und dass die im Laufe von 50 Jahren in Oedesse=Oelheim an-
gesetzten Bohrungen kaum zur Hälfte fündig geworden sind.

Bei der Verwertung des in Oedesse=Oelheim geförderten Preussenöls arbeitet
die Preussag Hand in Hand mit der Elwerath. Es entstand hier die Frage, wie man
das geförderte Oel verwerten sollte. Sollte man Schmieröl herstellen oder soll-
te man durch Verkrackung Benzin gewinnen. Hätte man sich für Schmieröl ent-
schlossen, dann wäre man in Konkurrenz mit den Standardmarken der angelsächsischen
Oelkonzerne gekommen. Dieser Wettbewerb ist nach Lage der Dinge weder angenehm
noch aussichtsreich. Also entschloss man sich für Benzin, vielleicht aus dem
Grunde, weil die Gewerkschaft Elwerath mit der deutschen Reichspost einen Ver-
trag abgeschlossen hat, der die Lieferung von 40 000 Tonnen Benzin pro Jahr vor-
sieht. Die Raffinierung wird in Misburg bei Hannover erfolgen. Die dort zu er-
bauende Oelraffinerie wird eine Leistungsfähigkeit von 75 000 Tonnen pro Jahr
haben und kann erweitert werden. Der Absatz von Misburg ist also durch den
Postvertrag gesichert, ehe ein Spatenstich zum Bau der neuen Raffinerie getan
worden ist.

Die Wahl des Kracksverfahrens machte sehr viel Kopfschmerzen. Man hat La-
boratoriumsversuche in Deutschland und Versuche in Amerika und Belgien vorge-
nommen. Zu berücksichtigen war dabei, dass Elwerath schwereres Oel mit 7 bis 8%
Benzin, die Preussag aber leichteres Oel mit 18 bis 20 % Benzin liefert. Durch
umfangreiche Krackversuche mit grossen Oelmengen in Langerbrugge bei Gent wur-
de ermittelt, dass das Dubbsverfahren für die beiden Sorten von Oelen am be-
sten geeignet ist. Die Raffinerie geht so vor sich, dass dem Preussenöl zuerst
Benzin entzogen wird, womit man bei beiden Oelen den gleichen Benziningehalt er-
reicht.

SPD. Der Zufluss an Devisen hat bei der Reichsbank auch in der ersten
Maiwoche angehalten und zwar vermehrten sich die Devisenbestände um 12 Milli-
onen auf 169,3 Millionen und die Goldbestände um 1,5 Millionen auf 2369,8 Mil-
lionen.

Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 54,6 % in der
Vorwoche auf 58,1 %, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 58,2%
auf 62,3 %.

Im übrigen ist die im Monatsanfang übliche Entlastung eingetreten. Die In-
anspruchnahme des Reichsbankkredits, der Ende April um etwa 550 Millionen
stieg, ging um 293,7 Millionen zurück, wodurch sich die gesamte Kapitalanlage
auf 1956,7 Millionen vermindert.

SPD. Am Sonnabend wurde die Berliner Bauausstellung unter starker Beteili-
gung eröffnet. Vertreten sind auf der Bauausstellung, die ihren Namen Internationale
Bauausstellung mit Recht führt, 22 Länder. Die beteiligten Staaten wa-
ren bei der Eröffnung durch Abordnungen vertreten. Im Rahmen der Ausstellung,
die bis in den Spätsommer dauert, werden mehrere Baukongresse stattfinden.

Der Oberbürgermeister der Reichshauptstadt Sahn nahm Gelegenheit, die Aus-
stellungspolitik der Stadt Berlin dazulegen. Es zeige sich, dass es recht war,
auf eine langjährige Bauausstellung mit grossen Hallenbauten zu verzichten. Das
aufgeschlossene Freigelände und die im Rahmen der ländlichen Siedlung errich-
teten Baulichkeiten würden alljährlich für die Durchführung der grossen land-
wirtschaftlichen Veranstaltung, der Grünen Woche dienen. Reichsarbeitsminister
Stegerwald wies dann auf die Probleme in der Bauwirtschaft hin. Nach einer Hoch-
konjunktur in der Bauwirtschaft wisse man heute eigentlich noch nicht, ob man
die vorhandenen Baustoffe richtig verwende und ob es nicht angebracht sei, be-
kannte Baustoffe und Bauweisen durch neuartige zu ersetzen. Dazu gehöre eine

eine lange Erfahrung. Die Bauausstellung habe u.a. den Zweck, die bis jetzt gewonnenen Erfahrungen einem grösseren Publikum zugänglich zu machen. Der Reichsarbeitsminister beschäftigte sich dann mit dem Städtebau. Hier müsse man zu Grundsätzen der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Zweckmässigkeit kommen.

Der preussische Landwirtschaftsminister Steiger, dem die Ausstellung ihren interessantesten und wertvollsten Teil, die Ländliche Siedlung verdankt, legte die Grundsätze dieses Teils der Ausstellung dar. Die Mittel für die Siedlung seien beschränkt. Es käme darauf an, die Gestehungskosten zu drücken. Wie weit man hier gekommen sei, zeige die Ländliche Siedlung.

Die Bauausstellung selbst ist die grösste, die Berlin seit der Gewerbeausstellung im Jahre 1896 erlebt hat. Sie umfasst 60 000 Quadratmeter Hallenfläche und 70 000 Quadratmeter Freigelände. Ueberall ist Wert darauf gelegt, das Grundsätzliche hervorzuheben. Nebensächlichkeiten sind vermieden worden. Man hat sich auch keineswegs darauf beschränkt, den Häuserbau an sich zu zeigen. Man ging weiter und hat die Grundsätze der Wohnungseinrichtung dargelegt, wie Wohnungen einzurichten sind, wie Büro- und Internatsräume auszusehen haben, das zeigt die Ausstellung. Das führt zu einer Darlegung moderner Grundrissgestaltung und zur Demonstration durch Musterbeispiele. Diese Gedanken sind auch bei der Schaffung der ländlichen Siedlung benutzt worden. Hier spielt noch die Anwendung neuen Baumaterials eine besondere Rolle.

Den grossen Rahmen erhält die Internationale Bauausstellung durch die Beteiligung des Auslandes. Man hat hier eine wertvolle Sammlung von Erfahrungen zusammengebracht, die man in der Nachkriegszeit im Auslande machte. Dieser Teil der Ausstellung soll als Wanderausstellung später durch ganz Deutschland gehen.

SPD. Die Tagung der Internationalen Handelskammer in Washington ist am Sonnabend beendet worden. Zum Präsidenten wählte die Tagung Franz von Mendelssohn, den Vorsitzenden des Deutschen Industrie- und Handelstags.

Mendelssohn, der aus Gesundheitsrücksichten nicht an der Tagung teilnehmen konnte, hat am Sonnabend mit Hilfe der Radiotelephonie von Berlin aus eine Ansprache an die Washingtoner Konferenz gehalten, in der er darauf hinwies, dass sich die Wirtschaft jedes Landes der Verflechtung mit der Wirtschaft anderer Länder bewusst sein müsse und es keine Methoden gebe, wirtschaftlichen Wohlstand dauerhaft in einem Lande zu isolieren. Eingesperrter Kapitalsreichtum verdorre und nur der Reichtum, der fruchtbaren, aber ausgetrocknetem Boden zugeführt wird, werde fruchtbar im Rückstrom. Das gelte besonders für Europa, das noch immer und mehr als früher in wirtschaftlichen Absperrungen und Abgrenzungen verharre, die zu Kapitalverlusten und zur Arbeitslosigkeit führen müssen.

Die Tagung nahm in ihrer Schlusssitzung noch eine Entschliessung über die wirtschaftliche Situationen der Welt an, in der darauf hingewiesen wird, dass die übermässigen Rüstungsausgaben, die wesentliche Ursache der hohen Steuern und der wirtschaftlichen Notlage sind, die Wirtschaftskrise verschärfen. Ueber die Reparationen und die in teralliierten Kriegsschulden heisst es, dass die zwischen den Völkern fest-gesetzten internationalen Verpflichtungen die Grundlage für den Bestand des internationalen Kredits und für die Ausbreitung des Handels und der Industrie seien. Das stehe aber nicht im Widerspruch mit einer objektiven Prüfung, inwieweit die internationalen Zahlungsverpflichtungen ungünstig auf den Welthandel und die wirtschaftliche Lage zurückwirkten. Die Amerikaner, die sich anfänglich gegen jede Resolution über die internationalen Zahlungsverpflichtungen sträubten, haben der Entschliessung zugestimmt.

Grösste Zurückhaltung.

(Berliner Getreidebörse vom 9. Mai.)

SPD. Die Geschäftstätigkeit an der Berliner Produktenbörse hielt sich am Sonnabend in allerengsten Grenzen. Angebot an promptem Weizen und Roggen war nur in verschwindenden Mengen vorhanden. Auch die Nachfrage blieb sehr klein. Wo sich jedoch Bedarf zeigte, mussten um etwa 1 Mark höhere Preise für Weizen wie für Roggen bewilligt werden. Auch am Markte der Zeitgeschäfte konnten die Preise für beide Brotgetreidearten um $1\frac{1}{2}$ bis 2 Mark anziehen. Die Verhandlungen zwischen dem Reichsernährungsministerium und den Berliner Mühlen zwecks Belieferung mit billigem Material haben noch zu keinem Abschluss geführt. Sie dauern aber noch an, sodass, abgesehen von den Fällen dringendsten Bedarfes, allgemeine Zurückhaltung herrschte. Das gleiche ist am Mehlmarkt der Fall, wo sich nur minimale Kauflust bemerkbar machte. Die Forderungen der Mühlen lauteten für beide Sorten unverändert. Für Hafer waren die Forderungen der Eigener leicht erhöht, jedoch zögerten die Käufer meist, sie zu bewilligen.

	<u>8. Mai</u>	<u>9. Mai</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	193-195	193-195
Roggen	-	-
Braugerste	-	-
Futter- und Industrieroggen	230-244	230-244
Hafer	197-201	198-202
Weizenmehl	33,75-39,75	33,50-39,50
Roggenmehl	26,75-28,50	26,75-28,50
Weizenkleie	14,25-14,50	14,25-14,50
Roggenkleie	14,75-15,00	14,75-15,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 298-298 $\frac{1}{2}$ (Vortag 297 $\frac{1}{2}$) Juli 299 $\frac{1}{2}$ -300 (298 $\frac{1}{2}$), September 252 (251), Roggen Mai 201 $\frac{1}{4}$ -202 $\frac{1}{4}$ (200 $\frac{1}{2}$), Juli 200 $\frac{1}{4}$ -202 (199), September 191 $\frac{1}{2}$ -192 $\frac{1}{4}$ Geld (190). Hafer Mai 207 (206), Juli 209 $\frac{1}{2}$ -210 (209), September - (181 $\frac{1}{2}$).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 9. Mai: I. 120 Mark, II. 112 Mark, III. 98 Mark je Zentner. Tendenz: ruhig. (Preise unverändert)

SPD. Die Grube Leopold bei Bitterfeld schliesst das Jahr 1930 mit einem Verlust ab. Vielleicht wird das dazu beitragen, auch die Braunkohlenmagnaten von der Unhaltbarkeit ihrer Preispolitik und der überhöhten Brikettpreise zu überzeugen. In der Ertragsrechnung spielt eine Sonderabschreibung von $\frac{1}{2}$ Million eine Rolle, die auf die Kohlenveredelung vorgenommen werden musste. Das ist die Folge des Sturzes der Oelpreise um fast 50 %. Während die Grube Leopold im vorigen Jahr noch einen Gewinn von über 800 000 Mark ausweisen konnte, gibt sie jetzt einen Verlust von über 1 Million an. Die Dividende (im Vorjahr 4%) fällt aus. Allerdings wendet das Unternehmen grössere Beträge für Neubauten auf.